



Dokumentation des Workshop „Magdeburger Familienpolitik ist Magdeburger Zukunftspolitik“

Magdeburg - sozial (Band 18)

04.Juli 2011



Reihe: Magdeburg – sozial

- Band 1: Kommunale Leistungen für Familien
- Band 2: Geschäftsbericht 2004 – Dezernat, Soziales Jugend und Gesundheit
- Band 3: Forschungsprojekt „Gesundheit als Integriertes Leitziel in der Konzeption und Erprobung eines regionalen Berichtssystems nachhaltiger Entwicklung“
- Band 4: Pflegestrukturplanung 2005 bis 2008
- Band 5: Stadtteilreport
- Band 6: Reader – Magdeburger Fachkonferenz – Ideenwerkstatt Kinder- und Familienarmut 2008
- Band 7: Pflegestrukturplanung 2009 bis 2011
- Band 8: Bericht und Konzept zur Suchtbekämpfung und Suchtprävention in der Landeshauptstadt Magdeburg 2010 - 2013
- Band 9: Dokumentation der Fachkonferenz „Seniorenpolitische Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg“ am 27. November 2009
- Band 10: Dokumentation der Magdeburger Fachkonferenz zur Kinder- und Familienarmut - November 2009
- Band 11: Stadtteilreport 2010
- Band 12: Ergebnisbericht der Bürgerbefragung
- Band 13: Dokumentation Fachtag zur Gemeinwesenarbeit in Magdeburg, 13. November 2011
- Band 14: Situationsbericht zu Engagementstrukturen und wesentlichen Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements in der Landeshauptstadt Magdeburg
- Band 15: Dokumentation Engagement-Werkstatt 2011
- Band 16: Dokumentation der 3. Magdeburger Fachkonferenz zur Kinder- und Familienarmut 2011 – Schwerpunkt Jugendarbeitslosigkeit
- Band 17: Bericht der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Magdeburg zur gemeindenahen psychiatrischen und psychosozialen Versorgung in der Landeshauptstadt Magdeburg 2010

Herausgegeben von der Stabsstelle für Jugendhilfe,- Sozial- und Gesundheitsplanung der Landeshauptstadt Magdeburg

Magdeburg 2011

Postanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
39090 Magdeburg

Hausanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
Wilhelm -Höpfner- Ring 4
39116 Magdeburg

Telefon: (0391) 540 3104
Fax: (0391) 540 3243

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen i. d. R. verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung und Quellenangabe gestattet.

Inhaltsverzeichnis

Veranstaltungsprogramm	4
Grußwort zum Workshop	5
Familie lokal denken - Befunde aus der aktuellen Familienforschung	9
Familie als Herstellungsleistung.....	9
Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie	10
Politik vor Ort.....	15
Literatur	17
Ausgewählte Schwerpunkte zum Vortrag	18
Einführung zur Erarbeitung familienpolitischer Leitlinien in der Landeshauptstadt Magdeburg	19
Zum Entwurf der Leitlinien.....	19
Zur Trendbefragung	20
Arbeitsgruppenphase - Thementische	27
Arbeitsschritte Arbeitsgruppenphase – Thementische	27
Ergebnisse Arbeitsgruppenphase - Thementische	27
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	29
Familie und Migration	30
Familie in besonderen Lebenslagen	31
Familie und Freizeit – Kultur – Sport	33
Familie und Bildung – Erziehung.....	35
Familie und Stadtplanung – Wohnen –Spielen	38
Familie und Mobilität	40
Familie und Gesundheit	41
Familienpolitische Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg	43

Veranstaltungsprogramm

Ablauf

16:00 Uhr bis 16:10 Uhr	Begrüßung durch den Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit der Landeshauptstadt Magdeburg, Herrn Brüning
ca. 16:10 Uhr bis 17:10 Uhr	„Familie lokal denken: Befunde aus der aktuellen Familienforschung“, Frau Dr. Sabina Schutter, Deutsches Jugendinstitut e. V., Grundsatzreferentin für Familienpolitik
ca. 17:10 Uhr bis 17:45 Uhr	„Einführung zur Erarbeitung familienpolitischer Leitlinien in der Landeshauptstadt Magdeburg“, Herr Dr. Gottschalk, Leiter Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung der Landeshauptstadt Magdeburg
ca. 17:45 Uhr bis 19:00 Uhr	Erfahrungsaustausch an Thementischen
ca. 19:00 Uhr bis 19:30 Uhr	Rückkopplung zur möglichen Präzisierung der Leitlinien
ca. 19:30 Uhr	Ende des Workshops

Kinderbetreuung während der Veranstaltung:



Grußwort zum Workshop

Herr Brüning
Beigeordneter für Soziales, Jugend und
Gesundheit der Landeshauptstadt Magdeburg

Guten Tag und einen aufschlussreichen, erfolgreichen Nachmittag hier im Rathaus der Landeshauptstadt Magdeburg. Ich darf Sie alle recht herzlich zu unserem heutigen Workshop begrüßen, in dessen Mittelpunkt die Familien stehen sollen. Das ist mir eine besondere Freude, weil zum Thema Familien seit vielen Jahren Anstrengungen unternommen werden.



Wir haben ein Magdeburger Bündnis für Familie und es gibt viele Akteure, die in ihm tätig sind. Sie haben schon in den Jahren 2008 und 2009 die Frage aufgeworfen, wie es in Magdeburg bezüglich der Familie weitergehen soll. Es gibt Beschlüsse im Stadtrat, die da besagen, wir brauchen familienpolitische Leitlinien. Andere Städte haben sie. Das Land Sachsen-Anhalt arbeitet daran. Unsere Kinderbeauftragte, Frau Thäger, hat darauf gedrungen, dass auch wir familienpolitische Leitlinien aufstellen. Mit diesen Handlungsschwerpunkten wissen alle, welche Aufgaben wir uns vornehmen, um Familien in unserer Stadt zu stärken. Die Frage ist, ist es auch notwendig, Familien so in den Mittelpunkt zu stellen. Sie werden verstehen, das ist eine rein rhetorische Frage meinerseits. Ich beantworte sie natürlich mit Ja. Allerdings steht die Frage auch, wie betrachten wir das. Wenn ich Frau Stirtzel sehe, sie hat uns begleitet bei den Fragen der Kinder- und Familienarmut seitens der Hochschule Magdeburg-Stendal, dann haben wir in den vergangenen Jahren sehr wohl über die Fragen der Kinderarmut und der Familienarmut gesprochen und uns vom Grunde her damit auseinandergesetzt, wie viele in Magdeburg davon betroffen sind; das sind Zehntausende, so muss ich das einfach mal sagen. Wenn ich nur darüber nachdenke, dass Familien im Rechtsbereich des SGB II als Bedarfsgemeinschaften definiert sind, dann haben wir 21.000 Bedarfsgemeinschaften in Magdeburg. Aber ich möchte gleichzeitig zurückweisen, dass wir Familienpolitik machen, weil wir in diesem Bereich also viele bedürftige Menschen haben. Das ist nicht alleine die Überlegung, die wir verfolgen sondern Familien bilden ja die Grundlagen unseres städtischen Gemeinwesens. In den Familien kommen die Kinder zur Welt, sollten sie jedenfalls und es ist auch überwiegend so. Familien sorgen für die Zukunft der Kinder

unserer Stadt und wir können sie nach besten Kräften nur unterstützen, damit also, egal ob Mädchen oder Junge, sie in unserer Stadt alle eine gute Zukunft bekommen. Darum sorgen sich Familien. Und weil das in der heutigen Zeit nicht so einfach ist, weil es auch gegenläufige Tendenzen gibt, viele finden die Arbeit nicht in unserer Stadt, die sie zum Lebensunterhalt benötigen, werden Familien, werden Generationen auch auseinandergerissen durch die Umstände und es ist schwierig also hier in traditioneller Weise noch über Familien zu reden, geschweige denn auch das Thema Familien so zu behandeln. In jedem Jahr gibt es dort auch neue Herausforderungen und wir haben sie eigentlich auch gut bestanden; die Landeshauptstadt Magdeburg ist ein kinder- und familienfreundlicher Ort in Sachsen-Anhalt. Dafür haben wir im Jahr 2008 Anerkennung gefunden. Das ist das Ergebnis Ihrer Arbeit, wie Sie hier heute versammelt sind. Sie sind aus den verschiedenen Bereichen zu uns gekommen, um gemeinsam an familienpolitischen Leitlinien mit zu arbeiten, die Ihnen heute im Entwurf vorliegen. Ich bedanke mich an dieser Stelle schon mal ganz herzlich bei der Arbeitsgruppe unter Leitung von Dr. Gottschalk, der hier federführend auch tätig ist, dass es soweit gekommen ist, dass Ihnen heute etwas schriftlich vorliegt, was Gegenstand der Erörterung ist, die Grundlage unserer gemeinsamen Arbeit an den familienpolitischen Leitlinien eben. Dabei haben wir im Auge, dass es nicht kurzfristig sondern mittel- und langfristig gedacht ist, was sind familienpolitische Leitlinien? Da kann sich jeder zu verhalten; aus meiner Sicht sind es Orientierungspunkte, weil Familie ist ja nicht nur dem Sozialdezernat angeordnet. Wenn das Wirtschaftsdezernat hier vertreten ist, dann ist das eben ganz normal, weil von der Arbeit, von den Unternehmen dieser Stadt hängt maßgeblich auch mit ab, wie Familie verfasst sein kann. Die Übereinstimmung von Familie und Betrieb oder Familie und Beruf wird ja ganz groß geschrieben, auch in unserer Stadt und wir bemühen uns seit Jahren auch hier einen Gleichklang hinzubekommen. Das gelingt nicht immer. Bereich Bildung, Kultur ist ein nächster Bereich, der hier auch sehr herausgefordert ist und das Finanzdezernat ist hier heute nicht mal als Einspardezernat vertreten sondern das sind diejenigen, die auch dafür sorgen, dass wir die notwendigen Mittel haben, um Familien in dieser Stadt zu unterstützen. Viele müssen wir unterstützen, nachhaltig und nachdrücklich. Familien, das Problem wird immer schwieriger, junge Mütter und Väter werden immer jünger, das ist unser Problem. Viele verstehen es nicht einmal, was eine Familie ist aus eigener Erfahrung. Hier haben wir notwendige Hilfen und ich bin dafür, dass wir also auch frühzeitiger Hilfe ansetzen und nicht erst dann, wenn Kinder in den Brunnen gefallen sind. Das ist jetzt ein Bild, Sie werden das verstehen, aber das Jugendamt ist hier in einer großen Kalamität. Sie haben in diesem Jahr über 16 Mio. Euro geplant für Hilfen zur Erziehung und die werden zum Einsatz gebracht, wenn irgendwo in Familien außergewöhnliche Hilfen notwendig sind, bis hin zur Heimunterbringung, wenn die Familie nicht funktioniert, Kindeswohl gefährdet ist. Familien sollen aber Kinder behüten. Von daher

gibt es also eine große Spannungsbreite und es gibt viel zu besprechen. Diese familienpolitischen Leitlinien sind aber nicht nur eine Orientierung für die praktische Arbeit, sie sind auch für unsere Sozialplanung wichtig. Der Stadtrat hat uns beauftragt, mit der Erarbeitung von familienpolitischen Leitlinien und wir haben vor, sie ihm auch vorzulegen zur Bestätigung. Damit sagen wir auch, was wir in den verschiedenen sozialen und anderen Bereichen mit Familien im Grunde vorhaben. Dann fangen wir, wenn diese familienpolitischen Leitlinien beschlossen sind, nicht immer wieder bei Null an. Denn Familienunterstützung gibt es nicht zum Nulltarif, da braucht man engagierte Träger, die müssen auch ausgestattet sein. Da braucht man klare Zielstellungen und Aufgaben. Man muss das notwendige Umfeld schaffen in den Stadtteilen und Wohngebieten vor Ort tätig sein, um all das also auch zu gewährleisten. Man muss mit Betrieben und Unternehmen, mit Schulen, mit Kindereinrichtungen im Gespräch sein, um dieses Netzwerk für Familie in Magdeburg auch zu stärken. Damit wollen wir heute also eine Fortsetzung beschreiten. Wir wollen heute die nächsten Aufgaben vom Grundsatz her erörtern und ich bin gespannt, wie Sie als Vertreter Ihrer Einrichtungen, Ihrer Vereine, Verbände sich heute auch und in Zukunft dazu positionieren. Ihr Zuspruch heute Nachmittag ist aus meiner Sicht außerordentlich. Ich freue mich, dass Sie so zahlreich hier sind und ich wünsche uns allen, dass wir hier in unseren Erwartungen nicht enttäuscht sondern bestärkt werden. Also, viel Erfolg für heute Nachmittag.

Familie lokal denken - Befunde aus der aktuellen Familienforschung

Dr. Sabina Schutter,
DeutschesJugendinstitut e.V.

Lokale Familienpolitik ist ein wichtiger Schwerpunkt familienpolitischer Anstrengungen. Denn Familienpolitik vor Ort bestimmt die Lebensbedingungen in entscheidendem Maße. Um dies zu verdeutlichen, gehe ich im Folgenden in zwei Schritten vor. Im ersten Teil werden einige familienwissenschaftliche Befunde vorgestellt, die im wesentlichen auf dem Theorem der doppelten Entgrenzung, das im Deutschen Jugendinstitut, gemeinsam mit der Universität Halle erarbeitet wurde, basieren. Im zweiten Teil wird schlaglichtartig darauf eingegangen, was das für Familienpolitik vor Ort bedeuten kann.



Familie als Herstellungsleistung

Doch zunächst soll angesichts des Titels „Familie lokal denken“ beleuchtet werden, woran wir denken, wenn wir an Familie denken. Laut einer Allensbach-Umfrage denken 98 % der Bevölkerung, dass ein miteinander verheiratetes Ehepaar mit gemeinsamen Kindern eine Familie sei und nur 52% denken, dass allein Erziehende mit Kindern eine Familie seien (vgl. BM FSFJ 2010). Fragt man Kinder, wie Sie Familie sehen, sieht das anders aus, wie das folgende Zitat verdeutlicht:

„Also, eigentlich habe ich eine einigermaßen große Familie, also da ist die Omi Margrit, deren Mutter, die weiß ich nicht genau, wie die heißt, die nenne ich nämlich immer Omimi und die Mami hat keinen Bruder und der Papi, der hat einen Bruder und zwar den Fred und die Inge, das ist meine Tante und die haben ein Kind bekommen und zwar die Anna. Und die ist jetzt etwa Fünf. Und die Omi Gudrun, das ist die Mutter vom Papa und deren Mutter lebt auch noch. Ja und Mama und Papa und meine Schwester. Und die Kaninchen auch noch. Die gehören auch dazu.“ (Mädchen, 10 Jahre).

Das zeigt, dass Kinder ein beziehungsorientiertes Verhältnis zur Familie haben, ein beziehungsorientiertes Bild zur Familie. Sie nennen die Personen, die ihnen einfallen, zu

denen sie einen Bezug haben, das können z. B. auch Nachbarn sein oder auch Tagesmütter. Dies deutet auf eine zentrale Perspektive auf Familie hin, die die Abteilung Familie des Deutschen Jugendinstituts auch vertritt. Es handelt sich um den Ansatz des Doing Family oder auch Familie als Herstellungsleistung. Dieser Ansatz bedeutet, dass Familie im Alltag nicht dadurch entsteht, dass ich der Vater von jemandem bin oder die Mutter von jemandem sondern Familie entsteht im Alltag dadurch, dass Gesten ausgetauscht werden, dass Fürsorge ausgetauscht wird, dass Fürsorge empfangen wird, z. B. auch völlig selbstverständlich von Kindern empfangen wird, dass es gemeinsame Rituale gibt. Ein Herstellen von Beziehungen heißt beispielsweise: einen Gute-Nacht-Kuss geben, Geschichte vorlesen, den Partner anrufen und darum bitten, dass er noch einen Liter Milch mitbringt, solche ganz alltäglichen Sachen. Und das kann z. B. auch heißen, dass man sich an Weihnachten ständig über die gleichen Sachen streitet. Doing family erfordert, das liegt relativ nah, zeiträumliche Kopräsenz, denn der Austausch von Fürsorge beinhaltet auch körperliche Dimensionen. Natürlich kann ein Anteil der familiären Beziehungsherstellung über e-Mail, Chatten und Skype funktionieren, aber nicht alles.

Familie bildet damit die andere Seite des Marktes, Familie ist nur begrenzt kommodifizierbar, man kann Familienleistungen nur bis zu einem bestimmten Grad kaufen. Ein interessantes Beispiel dafür sind Pflegefamilien. Das ist eine hoch interessante Konstruktion, weil, dass Kinder in Pflegefamilien kommen, hat damit zu tun, dass man davon ausgeht, dass eine Familie die ideale Aufwuchsbedingung für ein Kind ist. Aber diese Familien erhalten ein Pflegegeld. Und an dem Punkt entsteht eine Art Widerspruch, den sie auch von unserem jetzt gerade erschienenen Handbuch Pflegekinderhilfe nachlesen können (Kindler et al. 2011). Die Auflösung dieser Pflegekindbeziehungen, also wenn das Kind erwachsen wird, hört nicht auf mit dem Ende des Pflegegeldes sondern geht weiter, wenn das Kind ein Leben lang bei der Familie gelebt hat.

Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie

Die Bedingungen der Herstellung von Familie haben sich entlang der Entgrenzung des Arbeitsmarktes und der Familie verändert (vgl. zu den folgenden Abschnitten Jurczyk et al. 2008).

Um die Beziehungsförmigkeit von Familie zu leben, gab es zumindest in Westdeutschland bis in die 70er/80er Jahre hinein das klassische Vereinbarkeitsmodell der entwickelten Moderne. Das Modell ließe sich auch als das Männliche-Ernährer-und-weibliche-Zuverdiener-Modell beschreiben, in dem der Mann hat Vollzeit, die Frau in Teilzeit gearbeitet hat – das in der Regel am Vormittag. Die Mutter hat frühestens, wenn das Kind drei Jahre alt

war, zu arbeiten. In der Regel haben die häufig erst im Grundschulalter angefangen zu arbeiten, also die Mütter, wenn die Kinder im Grundschulalter waren, nicht die Mütter im Grundschulalter. Es gab relativ klare Rahmenbedingungen, die lebenslange Erwerbsbiografie bei einem Unternehmer war eher noch die Regel, auch die statistische Regel, man musste sich also nicht darauf einstellen, dass man umzieht, dass man den Job wechselt, dass man auch die Tätigkeit wechselt, dass dadurch irgendwelche Probleme entstehen, die Kontexte Kinderbetreuung, Schule, Bildungssystem, Geschlechterpolitik waren alle darauf abgestimmt.

Mit dem Phänomen der doppelten Entgrenzung ist gemeint, dass sowohl die Bedingungen des Arbeitsmarktes sich verändern als auch die Bedingungen des Familienlebens und dass beide nicht mehr zusammenpassen. Diese Veränderungen führen auf wohlfahrtsstaatlicher, familienpolitischer und arbeitsmarktpolitischer Ebene zu Verwerfungen.

Beispielhaft hierfür kann das neue Unterhaltsrecht gelten. Das neue Unterhaltsrecht geht von einer Vollzeitberufstätigkeit von Müttern aus, indem der Betreuungsunterhalt auf drei Jahre nach der Geburt des Kindes begrenzt wird.

Die eine Seite ist daher die entgrenzte Erwerbsarbeit, die sich vor allen Dingen durch vier Merkmale auszeichnet: das sind flexibilisierte Arbeitszeiten, räumliche Mobilität, Intensivierung und Subjektivierung der Arbeit und Unsicherheit und Diskontinuitäten im Erwerbsverlauf – das ist vor allem neu für Männer – der männliche Erwerbsverlauf wird diskontinuierlicher. Weibliche Erwerbsverläufe waren demgegenüber schon früher diskontinuierlicher, da Frauen die Erwerbsarbeit kindbedingt oft für viele Jahre unterbrochen haben.

Heute kann das auch bedeuten, dass die Frau Familienernährerin ist, wenngleich unter deutlich prekäreren Bedingungen. Lassen Sie mich zwei Punkte herausgreifen, die für die Entgrenzung der Erwerbsarbeit und unsere nachfolgende Diskussion von besonderer Bedeutung sind.

Erstens: Mobilität. Umzüge, Dienstreisen, mehrere Arbeits- und Wohnorte, Wochenendpendeln, lange tägliche Arbeitswege und auch Arbeiten zu Hause sind Merkmale von beruflicher Mobilität. Die am DJI angesiedelte Schumpeter-Nachwuchsgruppe „Multilokalität von Familie“ setzt sich mit den Herausforderungen dieser Veränderungen für Familien auseinander. Da wird ganz explizit untersucht, wie Familie hergestellt wird, die an mehreren Orten stattfindet oder an mehreren Orten lebt. Sie können sich vorstellen, wenn z.

B. ein Vater oder eine Mutter unter der Woche außer Haus arbeitet und in einem anderen Ort arbeitet und der andere Elternteil mit den Kindern zu Hause ist, dann ist diese Person faktisch allein erziehend. Das stellt eine ganz andere Bedingung von Familie dar, als es mit zwei an einem Ort lebenden Elternteilen wäre. Jeder Zweite hat Mobilitätserfahrungen, zum Befragungszeitpunkt lebt jeder Fünfte beruflich mobil, als Fernpendler, Übernächter oder Umzugsmobiler. Berufliche Mobilität ist zwar männlich dominiert, aber nicht im jungen Alter. Im jungen Alter, also bevor die Kinder da sind, ist das noch relativ gleich verteilt mit der beruflichen Mobilität, speziell in Ostdeutschland sind deutlich mehr Frauen auch beruflich mobil. Sobald Kinder da sind, kehrt sich das um, da sind Frauen nur noch zu ganz geringen Anteilen beruflich mobil. Beruflich dauerhaft mobile Frauen sind in der Regel dauerhaft kinderlos (vgl. Sachverständigenkommission des ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung 2011).

Das zweite Merkmal sind Unsicherheiten im Erwerbsverlauf. Inzwischen arbeiten 9 % der abhängig Beschäftigten befristet. Die Zunahme von Befristungen hat sich drastisch erhöht bei Neueinstellungen; 2001 waren 32 % der Neueinstellungen befristet, 2009 47 % - das ist fast die Hälfte (IAB 2010). Junge Menschen münden heute später und unsicherer in den Beruf ein. Über eine Praktikumsanstellung in den Beruf einzumünden, ist in der Regel mit Selbstausschöpfung verbunden und damit verbunden, dass man erst Recht keine Zeit für Familie hat. Speziell für Frauen aber auch für Männer kann das bedeuten, dass sie die Familiengründung aufschieben (vgl. Tölke/Diewald 2003). Berufsbilder verändern sich, Tätigkeitswechsel sind an der Tagesordnung, insbesondere wenn Unternehmen umstrukturiert werden, auch im Rahmen von Insolvenzverfahren etc. 37 % der Beschäftigungen kann man heute als so genannte atypische Beschäftigungen zählen, insbesondere als Teilzeit, Leiharbeit und Minijob (Böckler 13/2010). Dadurch, dass im Rahmen der Hartz-Reformen die Stundenanzahl bei Minijobs nicht mehr begrenzt wurden bedeutet das auch, dass sich der Niedriglohnsektor ausgeweitet hat und im Niedriglohnbereich ist der überwiegende Anteil der Beschäftigten weiblich. D. h. ein ganz hoher Anteil von Frauen ist im Dienstleistungsbereich beschäftigt, auf Minijob-Basis. Working Poor waren eine ganze Zeitlang ein rein amerikanisches Phänomen und das findet sich in Deutschland inzwischen auch.

Die berufliche Unsicherheit erschwert die Familiengründung. Zeit-, Energie- und Aufmerksamkeitskonkurrenzen sind an der Tagesordnung, zum Beispiel, dass man zu Hause noch mal abends die e-Mails checkt von der Arbeit oder falls man Blackberry hat noch mal eben im Urlaub den Blackberry mitnimmt und die Privatzeiten, die de facto privat sein sollen, auch nicht mehr in dem Ausmaß privat. Das Management dieser Grenzen

zwischen Beruf und Privatleben bleibt damit zunehmend dem Einzelnen überlassen. Es sind nicht mehr vorgegebene Grenzen, es ist die Entscheidung jedes Einzelnen in Aushandlung mit der eigenen Familie, dem eigenen Privatleben.

Die andere Seite dieser doppelten Entgrenzung ist die Entgrenzung von Familie. Sie können heute nicht mehr davon ausgehen, dass Sie lebenslang verheiratet sind, auch wenn Menschen sich das manchmal wünschen. Ein gutes Drittel der Geburten fand 2009 statt bei Eltern, die nicht miteinander verheiratet waren, in ostdeutschen Bundesländern sind die Zahlen deutlich höher (vgl. Jurczyk/Walper 2010). Familiengründungen finden deutlich später statt, das ist natürlich auch eine Folge der unsicheren Berufsverläufe.

Das Durchschnittsalter bei Geburt des ersten Kindes liegt bei Frauen liegt bei 29, das bei Männern bei 32 und da sind die Akademiker/-innen jetzt mit drin. Wenn man die rausrechnen würde, würde sich das Alter für Akademiker/-innen noch mal erhöhen.

Die Heiratsneigung ist insgesamt rückläufig. Dieses niedrige Niveau der Eheschließungsraten ist jetzt zwar stabil inzwischen, aber es gibt einfach nicht mehr so eine hohe Heiratsneigung wie noch 1964, im golden age of marriage and the family.

In unserem Projekt zum Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern wurde auch deutlich, dass die Haltung der Paare, die auch bei Geburt eines Kindes nicht heiraten möchten, ablehnend bis ambivalent ist. Das Heiraten wird abgetan als romantische und veraltete Vorstellung, der sich die Paare nicht mehr anpassen möchten. Also, es gibt die Ehe nach wie vor als normatives Ideal, die Paare beschreiben auch, dass sie mal diesen Traum hatten vom weißen Kleid (Jurczyk/Walper 2010).

Der überwiegende Anteil der allein Erziehenden ist getrennt oder geschieden, d. h. ein hoher Anteil der allein Erziehenden kommt aus einer vorherigen Ehe und wenn Sie sich jetzt dieses Vereinbarkeitsmodell anschauen, was ich ganz am Anfang präsentiert hab, was bis in die 70er/80er Jahre hinein gegolten hat, ist es natürlich genau dieser Effekt, dass die allein Erziehenden entweder gar nicht oder in Teilzeit gearbeitet haben, sich dann scheiden lassen.

Es gibt entsprechend auch mehr Patchwork- und Nachfolgefamilien, die wiederum ein neues Beziehungsmanagement erfordern, sowohl in Abstimmung mit dem außerhalb lebenden Elternteil als auch mit den Kindern.

Seit den 1960er Jahren sind die Geburtenraten rückläufig, wenngleich sich in letzter Zeit eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau abzuzeichnen scheint. Entsprechend sind die Familien kleiner, die Familiennetze durch die räumliche Mobilität, durch die Berufsmobilität sind vor Ort kleiner, Kopräsenz wird dadurch erschwert. Durch die steigende Lebenserwartung finden Sie andererseits mehr Mehrgenerationenfamilien und das bedeutet auch, dass sie z.B. im Pflegefall unter anderen Voraussetzungen handeln müssen.

Quer zur Entgrenzung von Erwerbsarbeit und Familie liegt die Entgrenzung der Geschlechterverhältnisse. Die Erwerbsquoten von Frauen und Männern haben sich angenähert, Familienernährerinnen nehmen zu (Klenner/Klammer 2009). Allerdings sind die Beschäftigungsverhältnisse, in denen Frauen mehr verdienen häufig prekär. Die Anforderungen von Frauen und Männern an veränderte Rollenverständnisse, an Beteiligung im Haushalt und Beteiligung und dem Einbringen in Beziehung bedeuten gleichermaßen, dass hier Brüche entstehen, die auf mehreren Ebenen gelöst werden müssen. Die Integration einer Väterlichkeit in bestehende Normen von Männlichkeit ist eine der zentralen Aufgaben zukünftiger Geschlechterpolitik. Hier finden sich nach wie vor Brüche, die sich z.B. in der geringen Beteiligung von Vätern am Elterngeld abzeichnen (vgl. Schutter 2011).

Wenngleich die Auflösung zwingender Normen, fester Erwerbsbiografien und Arbeitszeiten ein Gewinn an Optionen bedeuten, heißt dies gleichzeitig, dass unter den derzeitigen wohlfahrtsstaatlichen, infrastrukturellen und arbeitsmarktpolitischen Bedingungen vierfache Reproduktionslücken entstehen:

Auf individueller Ebene entsteht die Reproduktionslücke mangelnder „Eigenzeit“, mangelnder Möglichkeiten, Interessen und Wünschen nachzugehen. Stress, Erkrankungen und Burnout können die Folge sein.

Auf der familialen Ebene werden ungeplante, beiläufige Prozesse des Doing Family erschwert, da zunehmend gemeinsame Zeit geplant und in enge Zeitfenster gepresst werden muss. Das kann auch bedeuten, dass Familien in Belastungslagen nicht mehr in der Lage sind, familiäre Fürsorge zu erbringen.

Auf betrieblicher Ebene entstehen Sorgelücken, wenn Menschen ausfallen aufgrund von Stressphänomenen und wenn z. B. auch Berufe häufig gewechselt werden. Hohe Fluktuation erfordert eine Weitergabe von Wissen und eine Wiederqualifikation von neu eingestellten Personen, Fluktuation ist ein Kostenfaktor. Wenn Frauen aufgrund mangelnder

Betreuungsmöglichkeiten nach der Elternzeit nicht wieder einsteigen, bedeutet dies auch eine Lücke in der betrieblichen Reproduktion.

Die generative Reproduktionslücke bedeutet wie oben beschrieben, dass Geburten aufgeschoben werden, dass Kinderwünsche nicht realisiert werden. Dies zeichnet sich in den niedrigen Geburtenzahlen ab und auch in der Problematik eines wachsenden Anteils der pflegebedürftigen Familienangehörigen.

Politik vor Ort

Was bedeuten diese Befunde für die Politik vor Ort?

Zunächst kann angenommen werden, dass die wohlfahrtsstaatlichen Verwerfungen sich bis auf die lokale Ebene herunterbrechen lassen. Die Vielfalt von Familien bedeutet, dass familienpolitisch nicht mehr schlicht von einem verheirateten Paar mit gemeinsamen Kindern und einer teilzeiterwerbstätigen Mutter ausgegangen werden kann. Vielmehr muss ein Begriff von Familie angenommen werden, der entlang des Generationen- und Geschlechterverhältnisses, sowie entlang der Achse sozialer Merkmale wie z.B. soziale Lage oder Migrationshintergrund Verantwortungsübernahme, Fürsorge und Verlässlichkeit ermöglicht. Angesichts der veränderten Bedingungen von Arbeitsmarkt und Familie muss dies bedeuten, dass diese Achsen ständig in den Blick genommen werden. Konkret bedeutet das Folgendes:

Zum einen entstehen die durch entgrenzte Arbeitszeiten, Erwerbstätigkeit zu Randzeiten und am Wochenende und die Erwerbstätigkeit beider Elternteile neue zeitpolitische Herausforderungen. Es ist nicht selbstverständlich, dass zu klassischen Behördenöffnungszeiten oder klassischen Kinderbetreuungszeiten die Erwerbstätigkeit gerade so passt, dass Behördengänge und Kinderbetreuung problemlos vereinbar sind. Hier finden sich deutlich vielfältigere Anforderungen. Hier können Erleichterungen geschaffen werden z. B. durch Öffnungszeiten, Optimierung von Wegezeiten, Ermöglichung von Mobilität, aber auch eben Ermöglichung von Heimarbeitsplätzen. Aber auch hier ergeben sich Widersprüche. Wenn Sie flexible Arbeitszeiten und flexible Öffnungszeiten haben, dann bedeutet das eben zum Einen wieder für die Personen, die da beschäftigt sind, dass die flexibel sein müssen und ihre eigenen Familien vielleicht nicht mehr richtig verlässlich versorgen können und auf der anderen Seite, wenn Sie alles unentwegt flexibilisieren, dann fehlt einfach den Familien Planungssicherheit (vgl. Heitkötter et al. 2009).

Das zweite Schlaglicht beinhaltet, Familien und ihre Mitglieder nicht als homogene Gruppe zu begreifen. Kinderpolitik, Frauen- und Geschlechterpolitik sind von Familienpolitik abzugrenzen. Partizipation ist für Kinder in fast allen Altersgruppen möglich und gerade Kinder haben besondere Anforderungen an kommunale Politik, denn die Kommune ist ihr direkter Lebensraum, aus dem sie z.B. auch nicht einfach wegziehen können. Gleichzeitig unterscheiden sich die Bedürfnisse von Kindern wiederum nach Sozialstatus u. a. nach Migrationshintergrund, nach Alter, Geschlecht und auch nach Wohnort. Von sei an dieser Stelle dafür plädiert, Kinderpolitik zum Einen eigenständig zu begreifen und zum Anderen eben nicht als harmonisches Feld sondern als konfliktives Politikfeld zu verstehen, das auch im Spannungsverhältnis zu Familienpolitik und insbesondere im Spannungsverhältnis zur Vereinbarkeitspolitik stehen kann.

Das dritte Schlaglicht sei auf finanzielle Transferleistungen geworfen. Hier ergibt sich ein Spannungsfeld aus Leistungen des Bundes, der Länder und der Kommunen. Angesichts der angespannten kommunalen Finanzlage ist es nicht selbstverständlich, dass eine Ausweitung finanzieller Transfers für Familie gefordert wird. Dennoch ist gerade die Umsetzung, die Realisierung finanzieller Transfers vor Ort von entscheidender Bedeutung. Beispielhaft möchte ich Ihnen dies kurz am Bildungs- und Teilhabepaket verdeutlichen. Natürlich kann es sein, dass Bildungs- und Teilhabepaket es ermöglicht, dass Kinder sich jetzt einen Sportvereinsbeitrag leisten können. Das heißt aber noch lange nicht, dass dieses Kind im Fußballverein auch den Trainingsanzug kaufen kann. Im Verein wird unter Umständen jedoch der soziale Druck aufgebaut, spezielle Bekleidung zu kaufen. Vor diesem Hintergrund sind Kinder aus armen Familien erneut benachteiligt. Und das bedeutet, dass sozusagen bis in die Basis hinein Sensibilisierung stattfinden muss, was Armutslagen bedeuten, dass im Sportverein auch die Trainer/-innen sensibel auf die Belange armer Familien eingehen.

Familienpolitik vor Ort hat daher einerseits Grenzen, andererseits, das haben die vorangegangenen Beispiele gezeigt, hat sie Möglichkeiten der praktischen Umsetzung, die von Bundesebene nicht gesteuert werden können. Familienpolitik schlägt sich in vielen Handlungsfeldern nieder, das kann sowohl Sozialpolitik wie auch Infrastrukturpolitik sein, sie steht und fällt mit dem sozialen Klima, mit der Kohäsion vor Ort und diese kann nur erreicht werden, wenn Familien fester Bestandteil der Gesellschaft sind, für die eine Gemeinschaft sich verantwortlich führt.

Literatur

BM FSFJ (2010): Familienreport. Download unter www.bmfsfj.de

Hans-Böckler-Stiftung (2010): Datenbank atypische Beschäftigung.

<http://www.boeckler.de/datyp/index.php?page=1®ion=D>

Heitkötter, M., Jurczyk, K., Lange, A. & Meier-Gräwe, U. (Hg.) (2009). Zeit für Beziehungen? Zeit in und Zeitpolitik für Familien. Opladen: Leske und Budrich.

Schier, M. & Jurczyk, K. (2007). Familie als Herstellungsleistung in Zeiten der Entgrenzung. Aus Politik und Zeitgeschichte, 34/07, S. 10-17.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2008): Fast jede zweite Neueinstellung ist befristet. Presseinformation des IAB.

<http://www.iab.de/de/informationsservice/presse/presseinformationen/fo0108.aspx>

Jurczyk, Karin / Walper Sabine (2010): Gemeinsames Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern. Vorgezogener Endbericht. München.

Jurczyk, Karin/Schier, Michaela/Szymenderski, Peggy/Lange, Andreas/Voß, Günter G. (2009): Entgrenzung von Arbeit – Entgrenzung von Familie. Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung. Berlin.

Heinz Kindler/Elisabeth Helming/Thomas Meysen/Karin Jurczyk (Hg.):

Handbuch Pflegekinderhilfe in Deutschland. München: DJI

Klenner, Christina / Klammer, Ute (2009): Weibliche Familienernährerinnen in West- und Ostdeutschland - Wunschmodell oder neue Prekarität? In: Rollenleitbilder und -realitäten in Europa: rechtliche, ökonomische und kulturelle Dimensionen, Forschungsreihe Band 8 des BMFSFJ, Nomos-Verlag, S. 62-84.

Sachverständigenkommission des ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung (2011): Neue Wege – Gleiche Chancen. Gutachten der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Download unter

http://www.fraunhofer.de/Images/110204_Gleichstellungsbericht_final_tcm7-78851.pdf

Schutter, Sabina (2011): Richtige Kinder. Von heimlichen und folgenlosen Vaterschaftstests. Wiesbaden, VS-Verlag.

Tölke, Angelika/Diewald, Martin (2003): Berufsbiografische Unsicherheiten und der Übergang zur Elternschaft bei Männern. In: Bien, Walter/Marbach, Jan H. (Hg.): Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey. Opladen: Leske und Budrich, S. 349-384

Ausgewählte Schwerpunkte zum Vortrag von Frau Dr. Schutter - moderiert durch Herrn Dr. Gottschalk:

Es wurde skizziert, was Fragestellungen von gesellschaftlicher Orientierung, auch von Familie in Deutschland ausmacht. Bestimmte Schwerpunkte, insbesondere auch mit Blick auf den Entwurf der Magdeburger Leitlinien konnten als Grundpositionen mit Bezug auf die Einführung aufgenommen werden:



- Familie nicht nur Kernfamilie (Elter/ Kind) sondern weites Begriffsverständnis
- Beispiele für weites Begriffsverständnis Familie - Nürnberg und Berlin
- wichtiger Grundsatz fachpolitischer Orientierung
- Leitorientierung - Maßnahmebreite - Haushaltsrelevanz
- Verantwortungsübernahme Möglichkeiten und Grenzen - individualrechtliche Probleme (z.B. Unterhaltsverpflichtungen/ Sorgerechtsentscheidungen - SGB II)
- städtische Gestaltungsspielräume nutzen und auf Leitlinien konzentrieren
- gesellschaftliche Veränderungen berücksichtigen - Intensivierung und Subjektivierung von Arbeit (z.B. Entgrenzung von Arbeitszeit und Familie)
- Verhältnis von Unternehmen in der Allianz für Familie und durch die Hertie-Stiftung zertifizierte Unternehmen zu existierenden Unternehmen sehr gering – Familienfreundlichkeit ist Herausforderung/wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen notwendig

Einführung zur Erarbeitung familienpolitischer Leitlinien in der Landeshauptstadt Magdeburg

Herr Dr. Gottschalk
Landeshauptstadt Magdeburg,
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial-
und Gesundheitsplanung



Ich führe hier hinsichtlich der Erarbeitung familienpolitischer Leitlinien in der Landeshauptstadt Magdeburg stellvertretend für all die, die diese Veranstaltung mit vorbereitet und diesen Input begleitet haben, ein.

Insofern ein Dankeschön an die Projekt- und Redaktionsgruppe Leitlinien, das Magdeburger Bündnis für Familien mit den Arbeitsgruppen Spielraum Stadt und Familienbildung und die Hochschule Magdeburg – Stendal für den Entwurf der Magdeburger familienpolitischen Leitlinien und die Trendbefragung von Familien.

Ich denke, dass wir mit den durch Frau Dr. Schutter benannten Positionen und Befunden unsere lokale Fixierung hinsichtlich der Strukturierung und Fachsicht der Magdeburger Leitlinien mit der in der nächsten Arbeitsphase beabsichtigten Arbeit am Text vollziehen können.

Ich führe kurz zur Organisation oder zur Erarbeitung der Leitlinien ein und werde danach eine Trendbefragung mit Ergebnissen aus der Perspektive von Magdeburger Familien vorstellen, die ein Hinterfragen von Positionen im Rahmen des Entwurfs der Leitlinien möglich machen soll. Es wurde ein Material zur Verfügung gestellt, mit dem man sich auf die Arbeit an den Thementischen vorbereiten kann.

Zum Entwurf der Leitlinien

Der Stadtrat hat im März 2011 die Verwaltung mit der Erarbeitung familienpolitischer Leitlinien für die LH Magdeburg beauftragt. Sie wirken also – und das sage ich hervorhebend – an der fachpolitischen Orientierung für Familien in Magdeburg mit.

Unser Ergebnis wird in den Stadtrat eingebracht. Insofern freue ich mich auch auf die Diskussion an den Thementischen. Es wurde eine „Arbeitsgruppe familienpolitische Leitlinien“ in der Stadt gegründet.

Dieser gehören an:

- Herr Coulibaly – Integrationsbeauftragter,
- Frau Petzold aus dem Gesundheitsamt,
- Herr Pischner – Behindertenbeauftragter,
- Frau Pohle aus dem Jugendamt,
- Frau Ponitka – Gleichstellungsbeauftragte,
- Frau Thäger - Kinderbeauftragte,
- Frau Volkmar aus dem Sozial- und Wohnungsamt und
- Frau Will aus der Sicht freier Träger.

Das war die Kerngruppe, die bisher in vier fachlichen Vorbereitungstreffen mitgearbeitet hat. Reflektiert wurde der erste Entwurf in einer zusätzlichen Veranstaltung mit der „Arbeitsgruppe Spielraum Stadt“ des Magdeburger Bündnisses für Familien, deren Mitglieder ich auch benennen möchte:

Frau Andrae vom FB Schule, Bildung, Sport, Frau Czogalla, Frau Schleese und Herr Lemke aus dem Baudezernat, Frau Fricke aus dem Ordnungsdezernat, Herr Hoffmann vom Städtischen Stadtgartenbetrieb, Frau Keller vom Stadtplanungsamt, Herr Reif aus dem Büro OB, Frau Schiffner aus dem Jugendamt und Frau Schwarz aus der Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung. Insofern war es ein wichtiges vorbereitendes Ergebnis, dass die acht Leitlinienbezüge für eine weitere Diskussion querschnittsorientiert aufbereitet wurden.

Heute wird die Diskussion mit dem Ihnen schon übersandten Entwurf für weitere Akteursgruppen geöffnet.

Zur Trendbefragung

Die Trendbefragung ist ein Gemeinschaftsprojekt der Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung, der Arbeitsgruppe Familienbildung des Magdeburger Bündnisses für Familien, der Hochschule Magdeburg-Stendal und der AQB. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Frau Rießler von der AQB, Frau Kollochek, Frau Paul, Frau Bessert und Herrn Eicke von der Hochschule, die auch heute mit anwesend sind.

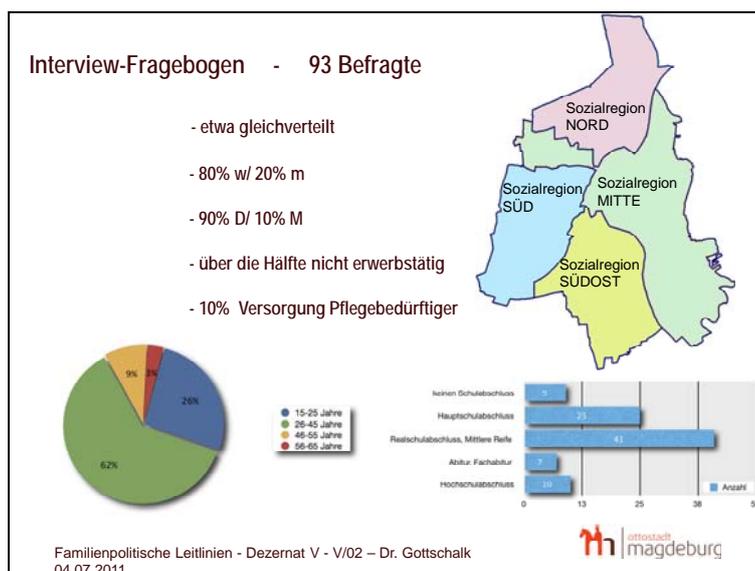
Die befragten Familien begleiteten:

Herr Bendler vom Spielwagen e.V.; Frau Friedrichsen vom Caritasverband; Frau Gebbers vom DAA, Herr Giefers vom Familienhaus e.V.; Herr Grote von der AWO; Frau Münzel vom Alten- und Service-Zentrum Nord; Frau Nahrendorf vom Verein Die Brücke Magdeburg; Frau Schötz und Frau Wering vom Kinderförderwerk; Frau Schulz vom Familienverband;

Frau Hübner und Frau Kühdeisch vom Gesundheits- und Veterinäramt und Frau Lodahl vom Jugendamt. Ein großes Dankeschön auch an Sie alle.

Mit den Ergebnissen der Befragung sind tendenzielle Aussagen möglich, um Orientierungen auch aus der Sicht von Familien in die Diskussion aufzunehmen.

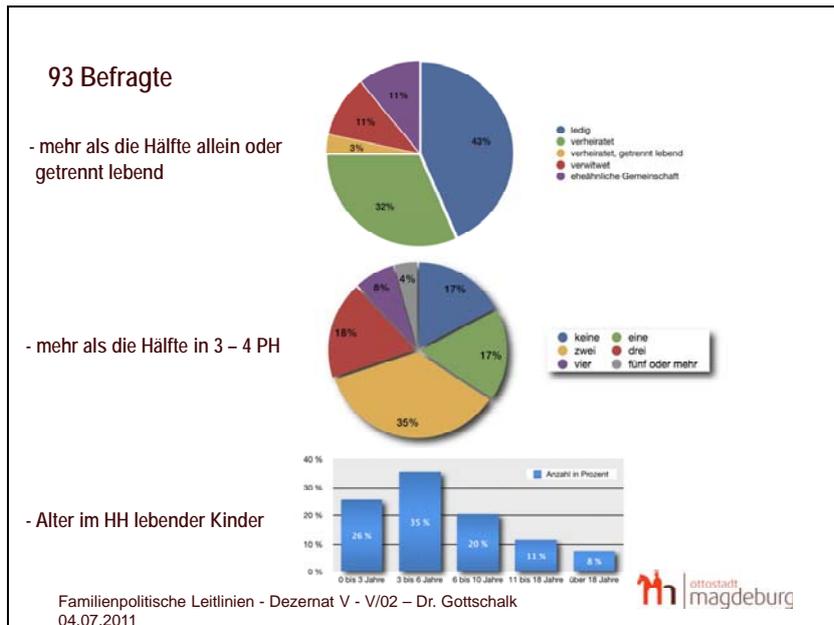
Ich begrüße an dieser Stelle auch viele Eltern im Saal, die ihre Kinder in das für heute eingerichtete Spielzimmer und vertrauensvoll in die Hände städtischer Pädagogen übergeben haben, um heute mit diskutieren zu können.



Charakteristik der befragten Familien:

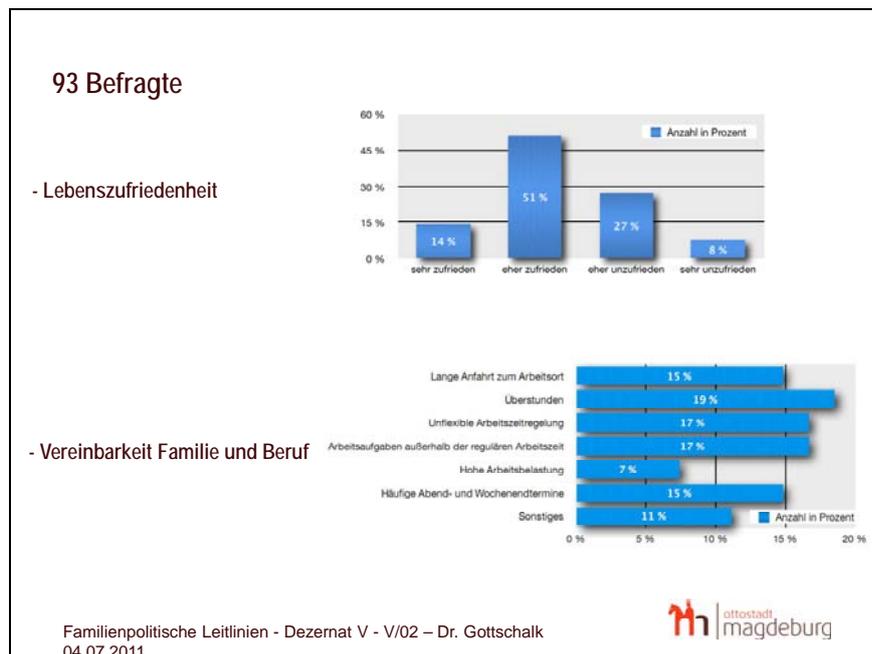
Auswertung von 93 Fragebögen

- gleichverteilt in den Sozialregionen
- drei Viertel der Befragten weiblich
- jeder zehnte Befragte mit Migrationshintergrund
- 50 % nicht erwerbstätig
- Jeder zehnte Befragte versorgt pflegt Angehörige
- Hauptschwerpunkt Befragte 26 bis 45-jährige
- Großteil mit mittlerem bis keinem Bildungsabschluss



Haushaltssituation der Befragten:

- Mehr als die Hälfte leben allein oder getrennt lebend
- Mehr als die Hälfte leben in 3- bis 4-Personen-Haushalten
- Alter der im Haushalt lebenden Kinder überwiegend unter sechs



Lebenszufriedenheit der Befragten:

- unabhängig von benachteiligenden Lebenssituationen und deren Akzeptanz - auch zufrieden

Vereinbarkeit Familie und Beruf:

- rund jede fünfte befragte Familie hat mindestens ein Problemfeld beschrieben

93 Befragte

- Schwierigkeiten Aufnahme Berufstätigkeit: 22/ 23% Arbeitszeitbedingungen/ Sonstiges mangelnde Berufsausbildung
14% Kita-Betreuungszeiten
8/10% Verfügbarkeit von Kita-Plätzen/
zu hohe Arbeitsanforderungen

- Schwierigkeiten Betreuung Familienangehöriger (AZ)



Familienpolitische Leitlinien - Dezernat V - V/02 – Dr. Gottschalk
04.07.2011



Schwierigkeiten Aufnahme Berufstätigkeit

- mangelhaft Arbeitszeit und Kita-Betreuungszeiten

Schwierigkeiten Betreuung Familienangehöriger

- hohe Zuordnung auf mangelnde Öffnungszeiten und Mobilitätsanforderungen

93 Befragte

- Inanspruchnahme Beratungsangebote 24/ 35% Erziehungsberatung/ Berufsberatung
12% Bildungsberatung,
Schwangerschaftsberatung
4 -7% Ernährungsberatung;
Suchtberatung; Selbsthilfegruppen;
Schuldnerberatung;

- Bildungsangebote besonders wichtig 28% Sport
17% Sprachkurse; Familienbildung
15% Lernhilfen/Nachhilfe
13% künstlerische und musische
Bildung
8% Diskussionskreise mit Eltern

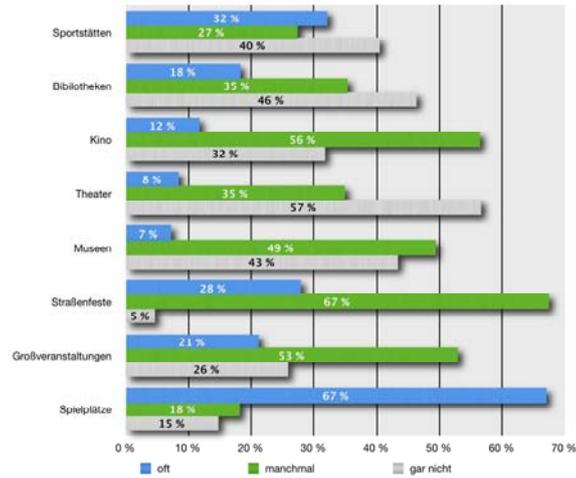
Familienpolitische Leitlinien - Dezernat V - V/02 – Dr. Gottschalk
04.07.2011



Inanspruchnahme Beratungs- und Bildungsangebote:

- zu geringe Inanspruchnahme notwendiger Unterstützungsangebote

93 Befragte - Inanspruchnahme



Familienpolitische Leitlinien - Dezernat V - V/02 – Dr. Gottschalk
04.07.2011



Inanspruchnahme Infrastrukturangebote:

- insbesondere Spielplätze und Sportstätten; zu geringe Nutzung Bildungsangebote

Nichtnutzer/innen – warum nicht ?

- über die Hälfte sieht keinen Bedarf (außer Kino 26; 46-77%)
- weniger als Problem - Zugang, Öffnungszeiten, Informationsdefizit (0-8%)
- finanzielle Gründe (Kino, Sportstätten, Theater, individuelle Sichtweisen)

93 Befragte - Verbesserungen wichtig eigene Familie:

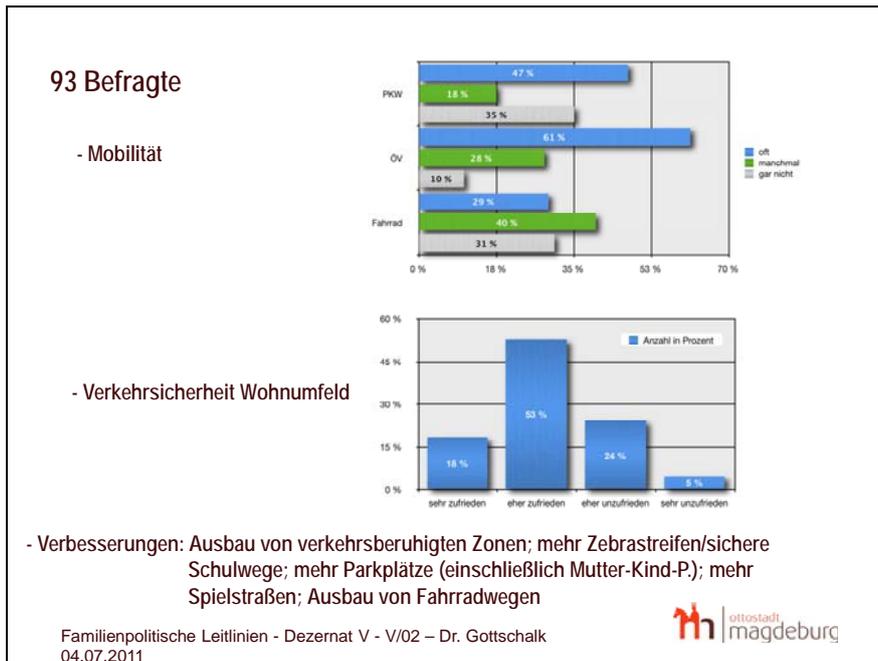
- 15 -21% Kulturelle Angebote; Freizeit- und Sportangebote
Treffpunkte/ öffentliche Plätze; Grünflächen;
- 10/ 11% Zugänge Angebote; Öffnungszeiten
- 3/ 6% Einkaufsmöglichkeiten; Beteiligungsmöglichkeiten
der Bürger

Familienpolitische Leitlinien - Dezernat V - V/02 04.07.2011



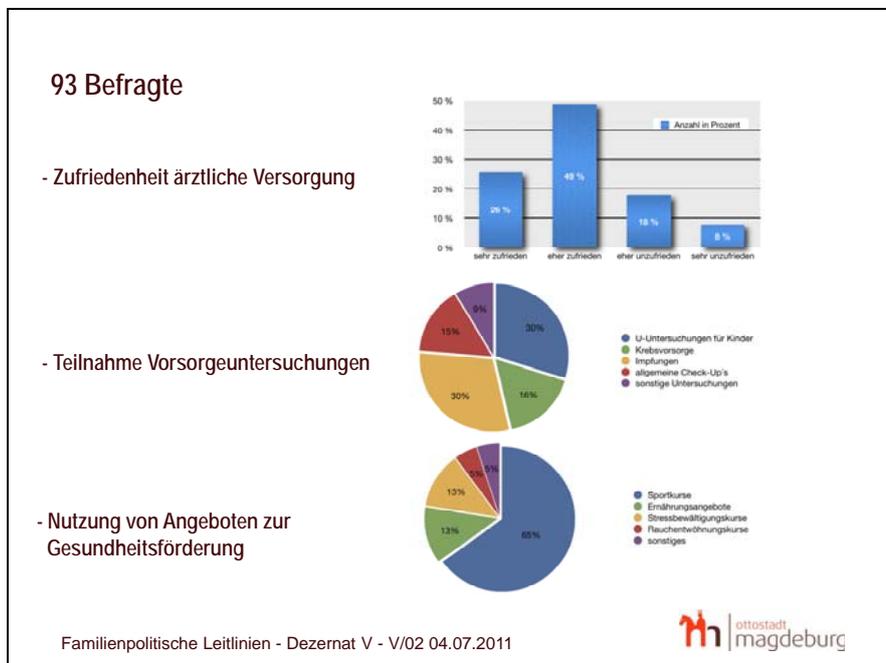
Gründe für die Nichtnutzung der Infrastrukturangebote:

- Verstärkung Bildungsorientierung und finanziell entlastende Angebote für benachteiligte Familien



Mobilität und Verkehrssicherheit:

- Öffentlicher Personennahverkehr spielt wesentliche Rolle bei der Erschließung Mobilitätspotenzial von Familien
- Verkehrssicheres Umfeld wird wahrgenommen aber punktuell und maßnahmebezogen verbesserungswürdig



Ärztliche Versorgung und Gesundheitsförderung:

- ärztliche Versorgung wird im Wesentlichen als zufriedenstellend
- zu geringe Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen möglich
- großes Potenzial für Sport als Feld allgemeiner gesundheitsfördernder Aktivitäten und familienorientierter Ansprache für Erweiterung von Aktivitäten

93 Befragte - Familienfreundliche Stadt?

- saubere und sichere Spielplätze
- bürgernahe Öffentlichkeitsarbeit für Angebote im Kinder- und Jugendbereich
- saubere Umwelt
- mehr Grünflächen schaffen und erhalten
- kinderfreundliche Gesellschaft/Toleranz gegenüber Kindern und Großfamilien
- generationsübergreifende Freizeitangebote
- mehr Kita-Plätze schaffen und Einzugsgebiet berücksichtigen
- kostenlose und preiswerte Angebote für Kinder schaffen
- Verankerung von Bildung und kindergerechter Förderung im Kindergarten und in der Schule
- Verankerung von Bildung und kindergerechter Förderung im Kindergarten und in der Schule
- öffentliche Begegnungsorte und Nachbarschaftszentren schaffen
- Bewusstsein der Menschen für Familien und Kinder stärken
- Sicherheit auf Straßen

Familienpolitische Leitlinien - Dezernat V - V/02 04.07.2011



Mit der Trendbefragung wurden verschiedene persönlich bedeutsame Anregungen für eine Diskussion an den Thementischen übermittelt.

Ich danke ihnen für ihre Aufmerksamkeit, habe gesehen, dass sich viele Notizen gemacht haben und möchte nunmehr in unsere eigentliche Arbeitsphase überleiten.

Arbeitsgruppenphase - Thementische

Arbeitsschritte Arbeitsgruppenphase – Thementische

- Entscheidung für Thementisch mit einer Schwerpunktleitlinie
- Diskussion Schwerpunktleitlinie
- Öffnung der Diskussion aller Leitlinien
- Arbeit am Text
- Ergebnis wird in der Redaktionsgruppe weiter bearbeitet – Grundsatz Konsens

Ergebnisse Arbeitsgruppenphase - Thementische



Tisch 1 Moderation
Frau Will Ausbildungsverbund der
Wirtschaftsregion Braunschweig/Magdeburg e. V./
Frau Matzkau Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und
Gesundheitsplanung

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- Zusammenfassen der ersten und zweiten Kernaktivität zu
„Betriebliche Programme zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Auditieren von Betrieben
- bedürfnisorientierte, flexible Betreuungszeiten für Familienangehörige
- individuelle Lösungen für Kinderbetreuung und deren Finanzierung unter Beteiligung von Unternehmen, Eltern usw. (z. B. flexible Öffnungszeiten von Kitas bis 22:00 Uhr, Unterstützung bei der Existenzgründung von im Bereich Tagesbetreuung und -pflege, Unterstützung der Einrichtung von Betriebskindergärten, Ganztagsbetreuung usw.)
- familienfreundliche Öffnungszeiten von öffentlichen Einrichtungen, Institutionen und Behörden

- Kernaktivität „Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung ersetzen durch:
„Sensibilisierung der Öffentlichkeit zur Thematik „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und zur veränderten Familienbildung“

- Etablierung und Förderung von Familienpaten

Reflexion der wesentlichsten Ergebnisse durch die Moderatoren /innen des Thementisches:

Folgende Änderungen wurden angesprochen. Die beiden Punkte betriebliche Programme für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen mit dem Punkt der Auditierung zusammengeführt werden. Es gibt zu wenig Unternehmen, die sich auditieren lassen, aber betriebliche Programme, individuelle Lösungen in den Unternehmen gibt es. Der zweite wesentliche Punkt sind familienfreundliche Öffnungszeiten von öffentlichen Einrichtungen, Institutionen und Behörden. Das ist eine Ergänzung. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit zur Thematik Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll anstelle der Maßnahmeformulierung Bewusstseinsbildung eingefügt werden. Ganz wichtig und in der Diskussion den längsten Zeitraum haben individuelle Lösungsmöglichkeiten für die Kinderbetreuung und für deren Finanzierung eingenommen und sollen ergänzt werden.

Tisch 2 Moderation

Frau Ismayil Familienhaus Magdeburg e.V./

Herr Dr. Gottschalk Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung

Familie und Migration

- „allumfänglich“ statt in ihrer Erziehungskompetenz...
- Erleichterung der Anerkennung von Abschlüssen → Kernaktivität
- Gezielte außerschulische Bildungsangebote für Kinder mit Migrationshintergrund → Kernaktivität
- Stärkung der interkulturellen Kompetenz in öffentlichen Institutionen
- Stärkere Einbeziehung von Fachkräften mit Migrationserfahrung

Ergänzungen zu anderen Leitlinien:

Leitlinie 1:

- Bewusstseinsbildung (ergänzen: z. B. Öffentlichkeitsarbeit, Informationsveranstaltungen, Öffnungszeiten an Wochenenden)

Leitlinie 3:

- Bereitstellung von und Informationen zu...

Leitlinie 7:

- 2. Kernaktivität → ... und in verdichteten Wohngebieten (Spielstraßen)

Reflexion der wesentlichsten Ergebnisse durch die Moderatoren /innen des Thementisches:

Der Begriff „Erziehungskompetenz“ soll mit dem Begriff „allumfänglich“ ersetzt werden.

Damit wird die individuell bezogene Kompetenz von Migrantenfamilien angesprochen. Ergänzt werden soll um die „Erleichterung der Anerkennung von Abschlüssen“.

„Gezielte außerschulische Bildungsangebote für Kinder mit Migrationshintergrund“ sollen ebenfalls aufgenommen werden. Eine zu ergänzende Kernaktivität ist die „Stärkung der interkulturellen Kompetenz in öffentlichen Institutionen“. Und ein vierter Punkt in diesem Zusammenhang ist die „stärkere Einbeziehung von Fachkräften mit Migrationserfahrung im sozialen Bereich“. Zu den anderen Leitlinien ergeben sich folgende Ergänzungen: Leitlinie eins zur Bewusstseinsbildung - Öffentlichkeitsarbeit, Informationsveranstaltungen, Öffnungszeiten für Dienstleistungen an Wochenenden. Das ist sowohl für den gewerblichen als auch den sozialen Bereich umzusetzen. Die Leitlinie 3 betreffend - Familien in besonderen Lebenssituationen sollte als Kernaktivität ergänzt werden: „Bereitstellung von und Information zu niedrigschwelliger und leicht zu ...“.

Zur Leitlinie sieben gab es eine Ergänzung zum zweiten Punkt der Kernaktivitäten als : „Berücksichtigung örtlicher und standortbezogener Sicherheitsaspekte im Verkehrsraum und in verdichteten Wohngebieten (Spielstraßen)“.

Tisch 3 Moderation

Herr Dammering Kinderförderwerk Magdeburg e. V./

Frau Schochert Seniorenvertretung Magdeburg

Familie in besonderen Lebenslagen

Teil 1:

- Verbindliche Grundlage bildet die Anwendung eines Instruments zur Qualitätssicherung (Kriterien sind zu erarbeiten)

Kernaktivitäten:

- Förderung und Stärkung schneller und individueller Lösungsansätze (schnelle Hilfen und Lösungen ohne lange Verwaltungsakte)
- Förderung einer 24-Stunden-Stelle als Hilfekompass (Fachkraft)
- „Besondere Lebenslagen?“
- „Förderung“ = „Leistung“?
- Beratung und Unterstützung vor Ort → Netzwerk Kita-Schule
- Wer aktualisiert wann die Informationen und wo sind sie nachlesbar?
- Freiwillige Angebote → verpflichtend?
- Familien in Maßnahmeprogrammen mehr Teilnahme ermöglichen (Wie: Jugendliche in Ausbildung oder Arbeit)
- Schulungen und Einweisungen der Berater in neue Gesetzgebungen
- Erhalt bestehender gut funktionierender Angebote für „Randfamilienmitglieder“ (z. B. Alten- und Service-Zentren, offene Treffs)
- Förderangebote ohne langwieriges Diagnostikverfahren (begrenzter Zeitraum)
- GT-Plätze für Familien in Not (zeitbegrenzt) → Beratung, schnelle Beantragung

Reflexion der wesentlichsten Ergebnisse durch die Moderatoren /innen des Thementisches:

Mit den gesellschaftlichen Veränderungen, insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten, ging nachweislich eine Veränderung von familiären Strukturen einher. Formen des familiären Zusammenlebens erfahren einen Pluralismus mit zunehmenden Differenzierungen.

In diesem Prozess erleben Familien Herausforderungen, welche zunehmend schwerer aus eigener Kraft und Kenntnislage zu bewältigen sind. Der Bedarf an erforderlichen Hilfen im Bereich der Erziehung, Bildung, Förderung, Beratung, Alltagsbewältigung und Arbeitssituationen wächst innerhalb der differenzierten Formen des familiären Zusammenlebens stetig.

Familien befinden sich in besonderen Lebenslagen, die, um Krisen nicht zu manifestieren, schnelle, individuell notwendige Hilfen benötigen.

In einer inhaltlichen, personellen und strukturellen Planung der Familienpolitik in der Landeshauptstadt sollten nachfolgende Diskussionsergebnisse Berücksichtigung finden:

1. Förderung , Stärkung und Etablierung schneller, individueller Hilfen
 - a. Entbürokratisierung von Antragsprozessen und Verwaltungsakten
bereits vorhandener Hilfeformen
2. Neugründung / Einrichtung einer 24-h Stelle als Hilfekompass in der Landeshauptstadt
3. Herbeiführung durch politische oder verwaltungstechnische Prozesse von Entscheidungen bzw. klaren inhaltlichen Angeboten für Familien in besonderen Lebenslagen
 - a. Definition - besondere Lebenslagen
 - b. Erarbeitung eines Leistungsangebotes (Förderinhalt und – umfang)
 - c. Aufgabenkonkretisierung bzw. Aufgabenübertragung durch und mit bereits vorhandener Hilfesysteme
 - d. Entwicklung von Maßnahmeprogrammen für besondere Hilfen
 - e. Fortbildungsangebote für Leistungserbringer bei veränderter Gesetzgebung oder kommunalen Initiativen / Beschlüssen u.ä.
 - f. GT – plätze in Kitas für Familien in Not (zeitbegrenzt)
 - g. Netzwerkarbeit – Schaffung einer Informationsplattform

Tisch 4 Moderation
Frau Volkmar Sozial- und Wohnungsamt Magdeburg/
Frau Schulz Deutscher Familienverband LV
Sachsen-Anhalt e. V.

Familie und Freizeit – Kultur – Sport

Teil 1:

- „gut“ durch „breites“ ersetzen
- „jeder sozialen Herkunft“ → streichen

Moderationskarten:

- Zugänge durch Einrichtungen und Presse, Veranstaltungen
- GWA „Ottokar“, Internet www.magdeburg.de
- Nutzung von Sportplätzen und Hallen
- Nutzung von externen Anbietern im Nachmittagsbereich
- Netzwerke und Kooperation
- Schaffung eines Netzwerkes zwischen Einrichtung/Institution/Verwaltung → Plattform zur Kommunikation
- Flexible Einrichtungen für Halbtagsplätze
- Angebote finden zu arbeitszeit- und kinderfreundlicheren Zeiten statt
- Zeitliche und finanzielle Zugänge
- Angebote zu den Kindern bringen + Elternanschluss
- Elterninitiativen stärken

Reflexion der wesentlichsten Ergebnisse durch die Moderatoren /innen des Thementisches:

Zu Beginn stellten sich die TeilnehmerInnen vor. Am Tisch haben sich VertreterInnen von Trägern, Kita, Hort sowie aus der Elternschaft zusammengefunden. Der erste Teil der Leitlinie wurde satzweise unter die Lupe genommen. Das Ergebnis war, dass eine gemeinsame Entscheidung gefallen ist und das Wort „gut“ durch „breites“ ersetzt. Des Weiteren haben wir uns dafür entschieden „jeder sozialen Herkunft“ ersatzlos zu streichen. Aufgrund der Vielfalt der TeilnehmerInnen und einer späteren Veröffentlichung der Leitlinien ist es wichtig, dass die Leitlinie alle Menschen erreichen und auch ansprechen, also braucht es keinen Zusatz, der das unterstreicht.

Ein erster Punkt war die Schaffung freier Zugänge zu Sportplätzen bzw. die Zugänge so zu gestalten, dass keine Verwaltungshürden entstehen. Dies gilt auch für die Nutzung von Sporthallen. Dabei geht es auch darum, zeitlich und finanziell niedrigschwellige Zugänge zu schaffen. Leider gibt es auch keine Transparenz für die Nutzung und Inanspruchnahme der Einrichtungen. Das sollte verändert werden, vielleicht durch eine Plattform zur Kommunikation, z. B. Nutzen des Internets www.magdeburg.de oder Zeitung „Ottokar“ und Nutzen der Gemeinwesenarbeit. Vernetzung und Kooperationsbeziehungen aufzubauen und weiterzuentwickeln war den TeilnehmerInnen wichtig. Insbesondere fanden es die

TeilnehmerInnen, dass externe Anbieter in die Einrichtungen geholt werden sollten und zwar im Nachmittagsbereich. Damit es alle Zielgruppen erreicht, ist es so einzurichten, dass die Angebote bei den Kindern landen und Eltern erreicht werden – zusammenfassend heißt das, die Angebote finden zu arbeitszeit- und kinderfreundlichen Zeiten statt. Unterstützung von Elterninitiativen war allen einhellig wichtig, dafür heißt es aber auch Ressourcen bereitzustellen.

Tisch 5 Moderation
Frau Pohle Jugendamt Magdeburg/
Frau Schwarz Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und
Gesundheitsplanung

Familie und Bildung – Erziehung

- Stadtteilstefte usw. nutzen, um Informationen an Bürger weiterzugeben
- Übergangsmodelle (z. B. nicht nur Werkstätten-Bildung!)
- Gute Modelle – Schule – transparenter/öffentlicher machen
- Auch Schulen sollten voneinander lernen → Austausch
- Schulen sollten erfassen, ob Jugendlicher bereits durchs „Raster“ fällt
- Hortbetreuung ausweiten
- Ganztagschulen
- Schule-Hort Status
- Kleinere Schulklassen
- „Komplett“ anderes Schulsystem
- Mehr mit Medien arbeiten
- Familienwegweiser
- Angebote bündeln und mehr publik machen
- Vernetzung zu Bestehenden Angeboten, Schnittstellen
- Kita/Horte einbinden + öffnen, neue Formen
- Umgang mit Bildungspaket
- Problem, auch arbeitende Familien in Einrichtung zu holen
- GWA-Stammtische nutzen
- Angebote in die Einrichtungen holen – Hinweise auf finanzielle Unterstützung zu ermöglichen
- Mehr Fachpersonal → Angebote dann selber anbieten
- Wie erreiche ich bildungsferne Familien?
- Kontrolle der Qualität d. Jugendamtes
- Lobbyarbeit → Schnittstellen – bevor jemand „wegbricht“
- Öffentlich schaffen, Eltern zu sensibilisieren
- Familienbildungsmaßnahmen (sichern, was vorhanden ist)
- Eltern – Schule → gut, aber zu wenig Bildungsmaßnahmen → Ausbau
- Motivierung der Eltern, eigene Bildung voranzutreiben
- „Mischung“ der Gruppen jedes sozialen Status
- Dort, wo Eltern sind, mehr Informationen/Beratung
- Kooperationen mit Beratungsstellen, Familienberatung, Freizeiteinrichtungen
- Netzwerke mehr miteinander
- AG in jedem Stadtteil mehr nutzen
- Kontinuierliche Prozesse über Jahre
- Mehr Aufklärung der Familien in von ihnen genutzten Einrichtungen
- ZG – Bildungsferne Familien
- Bedarfe, Probleme erfassen, flächendeckend Angebote, Eltern abholen wo sie sind

Reflexion der wesentlichsten Ergebnisse durch die Moderatoren /innen des Thementisches:

Im Rahmen des Workshop stand im Mittelpunkt, dass jedes Kind und jeder junge Mensch, dass Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit in allen Lebens- und Altersbereichen hat. Dieser Anspruch sollte bereits im Kleinkindalter beginnen und nicht nur eine gute Betreuung und Versorgung umfassen, sondern auch altersgemäße Förder- und Bildungsangebote.

Der Zusammenhang von Bildung, Erziehung und Betreuung ist daher in allen Bereichen der Kinderbetreuung und Bildung sowie als auch im schulischen und Ausbildungsbereich zu berücksichtigen und umzusetzen.

Des Weiteren waren eindeutige Meinungsbekundungen zu folgenden Punkten wahrzunehmen:

- Ganzheitliches Lernen durch soziale Interaktion und den Förderauftrag für Kinder in allen Betreuungsformen gerade im kindlichen Bereich gesetzlich festschreiben und d.h. somit, dass das Bildungsangebot kontinuierlich und qualitativ weiter zu entwickeln ist.
- Die Zusammenarbeit Kita- Schule gerade im letzten Kita-Jahr muss wieder intensiviert werden. Verbindliche Regelungen sollten hier geschaffen werden (ABC Schule),
- Nutzung einer anregungsintensiven Umwelt im Bezug auf die Orientierung an den Bedürfnissen des Kindes/ Jugendlichen und der Prozesshaftigkeit ihrer Entwicklung.
- Kinderrecht auf Bildung und Chancengleichheit unabhängig der sozialen Herkunft verwirklichen.
- Unterstützung der Eltern als wichtige Förderinstanz- hier gilt es Angebote und Anlaufpunkte zu schaffen, um bei Eltern die Unsicherheit abzubauen, Beratungsangebote und Hilfen in Anspruch zu nehmen. Hier sollte es eine zentrale Anlaufstelle geben, z.B. ein Familieninfobüro, mit pädagogischer Begleitung, die es ermöglicht, zu beraten, zu vermitteln. Die Bündelung familienbezogener Informationen würde so gebündelt und unabhängig vom sozialen Status könnten familienunterstützende Dienstleistungen angeboten werden.
- Generations- und Familienübergreifende Systeme sollten stärker genutzt und ausgebaut werden. Netzwerke sollten bekannt und zugänglich für alle sein
- Die Übergänge von Schule in den Beruf müssen gesichert werden. , Rahmenbedingungen hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrieben sollten mit Schule getroffen werden. (z.B.Praktikumstage).,
- Die Absicherung der Ausbildung von jungen Eltern, bzw. Alleinerziehenden muss ein Baustein werden. Die berufliche Aus- und Weiterbildung als ein Schwerpunkt um junge Familien in der Region zu halten beachtet werden.

Im Rahmen der Workshopdiskussion kam zum Ausdruck, dass eine Koordination von Angeboten und die Sensibilisierung für das Thema Bildung, Erziehung und Betreuung in den Bereichen Kita, Schule, Ausbildung und Studium nur zu vollziehen ist, wenn alle am Prozess Beteiligten regelmäßig und gemeinsam tätig werden, sich austauschen und Probleme offen ansprechen.

Es gilt die Attraktivität vorhandener Standorte der Bildung, Erziehung und Ausbildung zu sichern und zu unterstützen. Dialoge sind anzustreben, Fördermöglichkeiten in allen Bereichen aufzuzeigen, Wiedereingliederungsprozesse zu unterstützen und Netzwerkkontakte für die wirklichen Belange von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zu nutzen.

In der Diskussion kam verstärkt zum Ausdruck, dass mit der Erarbeitung der Leitlinien und der punktuellen Einbeziehung freier Träger, Mitgliedern aus der Gemeinwesenarbeit, Vertretern aus Politik, Verwaltung u.a., ein guter Schritt in die richtige Richtung getan wurde, Es besteht der Wunsch weiterhin eine so offene Diskussion zu führen und damit verbunden auch zu prüfen inwieweit eine Umsetzung und Evaluation der Leitlinien erfolgt.

Tisch 6 Moderation
Frau Thäger Kinderbeauftragte/
Frau Schlese Bauordnungsamt

Familie und Stadtplanung – Wohnen –Spielen

Kernaktivität 1:

- öffentliche sanitäre Anlagen
- Spielen am Weg
- Öffentliche Fläche als Treffpunkt im Wohnviertel

Kernaktivität 3:

- Cliquentreffs (nicht jede Clique ein „Zuhause“, aber Möglichkeit des Austauschs (Baumstämme))
- Größere Papierkörbe auf dem Spielplatz
- Öffentlichen Raum durch Aktivitäten Jugendlicher beleben

Kernaktivität 4:

- Indoor-Angebote
- Schutzhütte für schlechtes Wetter auf Spielplätzen

Kernaktivität 7 (neu):

- Sicherung von städtischen Freiflächen als „Freiraum für Familien“ (generationsübergreifend)

Kernaktivität 8 (neu):

- ausreichend öffentlicher Raum für alle Generationen im gesamten Stadtgebiet

Reflexion der wesentlichsten Ergebnisse durch die Moderatoren /innen des Thementisches:

Im Rahmen der Einleitung zur Diskussion wurde die Bedeutung der zu erarbeitenden Leitlinien erläutert und unter dem Aspekt verlesen, Fragen zu den einzelnen Punkten zu stellen, Vorstellungen zu äußern und Probleme anzusprechen, die in diesem Rahmen politisches Gewicht erhalten sollen.

Auch Streichungen von Punkten waren erlaubt.

Es wurde herausgearbeitet, dass im Zusammenhang mit altersspezifischer Freiraumplanung insbesondere der Gruppe der Jugendlichen zwischen 13 und 18 Jahren Bedeutung beigemessen werden muss. Die Beteiligung an Projekten zur Freiraumplanung ist unbedingt erforderlich, um auch dem Vandalismus vorzubeugen. Jugendliche dieser Altersgruppe sollen unter diesem Aspekt besondere Verantwortung bekommen und übernehmen.

Im Zusammenhang mit vorhandenen Spiel- und Freizeitflächen wurde kritisiert, dass es an öffentlichen (benutzbaren) Toiletten, Schutzhütten oder Indoorangeboten mangle und auf den Spielplätzen oft zu kleine Müllbehälter vorhanden sind.

Schön wäre es zudem, Flächen zu schaffen, die generationsübergreifend nutzbar sind, um die Kommunikation zwischen allen Altersgruppen zu fördern. Hierbei kommt dem "Spielen am Weg" und den öffentlichen Flächen in den Wohnvierteln als Treffpunkt besondere Bedeutung zu. Hierfür wurde angeregt, städtische Flächen als "Freiraum für Familien" zu sichern.

Auf die Neuschaffung von Spielplätzen wurde die Diskussion nicht gelenkt, da die Spielplatzkonzeption bereits beschlossen wurde. Vielmehr sollen städtische Flächen freigehalten werden, die generationsübergreifende Funktionen im Bezug auf die Freiraumgestaltung erfüllen.

Tisch 7 Moderation
Frau Wölk Familienhaus Magdeburg e. V./
Herr Pischner Behindertenbeauftragter

Familie und Mobilität

Moderationskarten:

- Kitas Wohnortnah
- Sicherheit
 - o Tempo-30-Zonen, Zebrastreifen, Fußgängerwege
 - o Prävention „Selbstbehaupt.training“
 - o Ausbau der frühzeitigen Verkehrserziehung (Mobilitätstraining)
 - o Verkehrsberuhigung vor Kitas, Schulen, Spielplätzen
- Tarifgestaltung
 - o z. B. Sozialticket, Schülerticket, Familienticket, Sonntagsticket
 - o kostenlose Mitnahme von Fahrrädern (MVB)
 - o verbesserter Zugang von Leistungen (Bürgerbüro)
- Verbindungsgestaltung/Taktdichte
- Barrierefreiheit
 - o Barrierefreiheit im Straßenraum (Bordabsenkung, kinder- und seniorenfreundliche ...zeiten)
 - o ÖPNV – Barrierefreier Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Haltestellen, Fahrzeuge)
- Familienfreundliche Zugänglichkeit
 - o Insbesondere Busse in Stadtrand → familienfreundlicher Fahrplan
 - o Verbesserung von Radwegen (z. B. Schulwegsicherung)

Reflexion der wesentlichsten Ergebnisse durch die Moderatoren /innen des Thementisches:

Die Diskussion war in der Anfangsphase geprägt von subjektiven Erfahrungen der Eltern, die anschaulich von den Bedürfnissen der Kinder und Eltern berichteten. Hierbei dominierten Themen rund um die Sicherheit von Kindern in unterschiedlichen Lebensbereichen (Schulweg, Selbstsicherheit von Kindern, Verkehrserziehung usw.). Im Verlauf der Diskussion wurde deutlich, dass das Thema Barrierefreiheit mehr in den Vordergrund der Betrachtung von „Familie und Mobilität“ treten muss, da Barrierefreiheit nicht nur ein Thema von behinderten und alten Menschen ist, sondern Menschen in unterschiedlichen Alters und Lebenssituationen betrifft. Als Beispiel sei hier die fehlende Absenkung von Bordsteinen benannt, die für Kinder, die Fahrrad fahren auf dem Fußweg lernen, Eltern, die einen Kinderwagen schieben, Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, ältere Menschen, die einen Rollator nutzen gleichermaßen unabdingbar ist.

Insgesamt wurde in der Arbeitsgruppe eine Vielzahl von konkreten und praktischen Ideen für die Stadt Magdeburg entwickelt. Themen wie Sicherheit, Barrierefreiheit, Tarifgestaltung, familienfreundliche Zugänge können kurz-, mittel- und langfristig umgesetzt werden.

Die Eltern begrüßten es sehr, in die Diskussion um familienpolitische Leitlinien eingebunden worden zu sein und sind bereit, sich für weitere Gespräche zur Verfügung zu stellen. Als lobenswert wurde das Angebot der Kinderbetreuung hervorgehoben.

Tisch 8 Moderation
Frau Petzoldt Gesundheitsamt- und Veterinäramt/
Frau Stirtzel Hochschule Magdeburg-Stendal

Familie und Gesundheit

- noch mehr ausgebildete Familienhebammen
- kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln (in Abhängigkeit vom Einkommen)
- Kinderschutz und Aufklärung und Hilfe
- Familienbildung
- Kita: Qualität der Betreuung, Gesundheitsförderung f. Erzieher und Lehrer
- Servicestelle für Familien
- Stärkung des Empowerments (zielgruppenspezifisch)

Reflexion der wesentlichsten Ergebnisse durch die Moderatoren /innen des Thementisches:

Es war eine sehr diskussionsfreudige Arbeitsgruppe. Festgestellt wurde, dass gerade Problemstellungen zur Gesundheit, Schnittmengen zu den vorhergehenden Themen haben. Viele Vorschläge deckten sich mit den bisherigen Ausführungen. Was schwerpunktmäßig noch zu erwähnen bleibt, wäre ein Vorschlag, was die Schwangerschaftsverhütung betrifft. Für Frauen mit geringem Einkommen sollte eine Schwangerschaftsverhütung kostenlos möglich sein. Das wäre z. B. ein ganz wichtiger Aspekt, was sich letztlich auch auf den Kinderschutz auswirkt.

Familienbildung ist auch noch mal ein ganz entscheidendes Thema im Zusammenhang mit gesundheitsrelevanten Fragestellungen.

Weiterhin ausgebildete Familienhebammen, die speziell auch auf die Problematiken junger Familien wirklich hilfreich eingehen können.



Anlass und Ergebnis des akteursübergreifenden Diskussionsprozesses:

Anlass:

Mit dem Beschluss-Nr. 829-31(V)11 vom 31.03.2011 beauftragte der Stadtrat die Verwaltung mit der Erarbeitung familienpolitischer Leitlinien für die Landeshauptstadt Magdeburg.

Familienpolitische Leitlinien wurden für die Landeshauptstadt Magdeburg als mittelfristige Rahmenziele der Magdeburger Familienpolitik entwickelt.

Der Entwurf der familienpolitischen Leitlinien für die Landeshauptstadt Magdeburg wurde unter Federführung der Stabsstelle V/02 durch eine Projektgruppe unter Einbindung des durch die Kinderbeauftragte koordinierten Magdeburger Bündnisses für Familien (AG Spielraum Stadt; AG Familienbildung) erarbeitet.

Der Projektgruppe, die auch als Redaktionsteam des träger- und akteursübergreifenden Workshops zur Diskussion des Entwurfes der Magdeburger familienpolitischen Leitlinien agierte, gehörten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freier Träger und der Verwaltung an.

Der Entwurf der Leitlinien wurde am 04. Juli 2011 in einem vierstündigen Workshop mit dem Titel: „Magdeburger Familienpolitik ist Magdeburger Zukunftspolitik“ im Alten Rathaus unter breiter Beteiligung von Familien und Fachöffentlichkeit diskutiert. Eine Trendbefragung von insbesondere benachteiligten Familien, die durch die Stabsstelle V/02 mit Unterstützung der Hochschule Magdeburg-Stendal und der AG Familienbildung des Magdeburger Bündnisses für Familien realisiert wurde, konnte als Bezug in die Diskussionen zum Workshop eingebracht werden.

Die rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops waren Eltern, Vertreterinnen und Vertreter von Familienorganisationen, Träger familienrelevanter Einrichtungen, Akteure der Gemeinwesenarbeit, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Wohlfahrtsverbände. Durch die Einrichtung eines Kinderzimmers zum Workshop und die Betreuung von acht Kindern war auch die unmittelbare Beteiligung insbesondere allein erziehender Eltern möglich.

Anregungen und Ergänzungen zum Leitlinienentwurf wurden durch die Beteiligten diskutiert und - wenn mehrheitlich getragen - eingearbeitet.

Mit dem Beschluss des Stadtrates werden die Leitlinien zum Maßstab für alle Handlungsfelder der Magdeburger Familienpolitik.

Ergebnis:

Familienpolitische Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg

„Magdeburger Familienpolitik ist Magdeburger Zukunftspolitik“

Familienpolitik in der Landeshauptstadt Magdeburg bezieht sich auf alle Lebensgemeinschaften, in denen die Mitglieder der Gemeinschaft soziale Verantwortung füreinander übernehmen. Dazu zählen auch Lebensgemeinschaften verschiedener Generationen. Insbesondere sollen Familien mit Kindern, Jugendlichen und jungen Heranwachsenden Berücksichtigung finden.

Für die Entwicklung der Landeshauptstadt Magdeburg ist es von strategischer Bedeutung, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das Familien stärkt.

Nachhaltige Familienpolitik in der Landeshauptstadt Magdeburg bezieht sich auf die unterschiedlichen Lebensentwürfe von Familien, insbesondere auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Vorrangige Zielstellungen sind

- die Sicherung der Existenz (Arbeit, soziale Sicherung)
- die familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt
- die gezielte Unterstützung zur Entlastung von Familien
- die bedarfsgerechte Anpassung der Infrastruktur
- die Entwicklung von Maßnahmen für neue Zeitmodelle für Familien
- die Chancengleichheit wie die Geschlechtergerechtigkeit im alltäglichen Lebensumfeld und
- die öffentliche Anerkennungskultur.

Die Landeshauptstadt Magdeburg unterstützt das Magdeburger Bündnis für Familien. Gemeinsames Handeln der Bündnispartner eröffnet neue Chancen, Gestaltungsmöglichkeiten und unkonventionelle, neue Ideen.

In allen gesellschaftlichen Wirkungsbereichen werden familienfreundliche und qualitätsgesicherte Maßnahmen und Projekte gefördert.

Die Magdeburger Familienpolitik bezieht sich auf folgende Handlungsfelder:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Familien und Migration
- Familien in besonderen Lebenssituationen
- Familie und Freizeit - Kultur - Sport
- Familie und Bildung - Erziehung
- Familie und Stadtplanung - Wohnen - Spielen
- Familie und Mobilität
- Familie und Gesundheit

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine herausragende Stellung im Rahmen familienpolitischer Orientierung nimmt die Vereinbarkeit von Familie und beruflicher Tätigkeit oder Ausbildung ein. Das verlangt eine neue, intelligente Kopplung von Berufs- und Privatleben vor dem Hintergrund eines veränderten und sich weiter verändernden Arbeits- und Lebensumfeldes. Erforderlich ist ein bedarfsgerechter Ausbau der sozialen Infrastruktur für Familien.

Eine betriebliche Perspektive für eine familienbewusste Personalpolitik schafft ein positives Image und eine höhere Zufriedenheit in Familien. Geringere Krankenstände, geringere Einarbeitungskosten durch familienbedingten Personalwechsel, höhere Motivation und bessere Arbeitsergebnisse sind vorteilhafte betriebsbezogene Zielsetzungen. Die Landeshauptstadt Magdeburg unterstützt partnerschaftlich organisierte Netzwerke zum Ausbau betrieblicher Wettbewerbs- und kommunaler Standortvorteile.

Kernaktivitäten:

- Betriebliche Programme zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Auditieren von Betrieben
- individuelle Lösungen für Kinderbetreuung und deren Finanzierung unter Beteiligung von Unternehmen, Eltern (z. B. flexible Öffnungszeiten von Kitas bis 22:00 Uhr, Unterstützung bei der Existenzgründung im Bereich Tagesbetreuung und -pflege, Unterstützung der Errichtung von Betriebskindergärten, Ganztagsbetreuung usw.)
- Bedarfsorientierte, flexible Betreuungszeiten für kranke, pflegebedürftige, behinderte, Familienangehörige

- familienfreundliche Öffnungszeiten von öffentlichen Einrichtungen, Institutionen und Behörden
- Etablierung von Teilzeitausbildung (Schutz vor Überbelastung bei jungen Familien bzw. Alleinerziehenden)
- Sensibilisierung zur Thematik Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zum veränderten Familienbild (Öffentlichkeitsarbeit, Informationsveranstaltungen, Öffnungszeiten an Wochenenden)
- Etablierung und Förderung von Familienpaten

Familie und Migration

Im Rahmen der strategischen Gesamtsteuerung der Integration von Migrantinnen und Migranten durch die Landeshauptstadt Magdeburg finden Familien und Kinder besondere Berücksichtigung.

Geleitet von der Grundüberzeugung, dass die Familie der beste Lernort für Normenverständnis, Identitätsbildung und Sozialkompetenz für Kinder ist, werden Migrantenfamilien mit gezielten Maßnahmen umfassend gestärkt.

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration von Zugewanderten ist der Erwerb der deutschen Sprache.

Kernaktivitäten:

- Projekte zur Stärkung des Verständnisses für andere Kulturen und Nationalitäten
- Ausbau von Kooperationsmöglichkeiten mit Migrantenselbstorganisationen
- Projektpatenschaften zur Förderung des interkulturellen Miteinanders
- Sprach- und Sprechförderung von Kindern und Eltern mit Migrationshintergrund
- Beteiligung der Familien mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben im Stadtteil
- Unterstützung bei der Anerkennung von Abschlüssen
- Gezielte außerschulische Bildungsangebote für Kinder mit Migrationshintergrund
- Stärkung der interkulturellen Kompetenz in öffentlichen Einrichtungen, Institutionen und Behörden
- Stärkere Einbeziehung von Fachkräften mit Migrationserfahrung (interkulturelle Teams)

Familie in besonderen Lebenssituationen

Die Landeshauptstadt Magdeburg fördert und unterstützt Familien in besonderen Lebenssituationen durch geeignete Beratungs-, Informations- und Betreuungsangebote auf der Grundlage qualitätssichernder Instrumente.

Dies betrifft u. a. Familien mit behinderten Familienangehörigen, insbesondere mit behinderten oder von Behinderung bedrohten Kindern, Familien mit pflegebedürftigen bzw. demenzbetroffenen Angehörigen sowie Familien mit chronisch oder psychisch kranken Angehörigen.

Kernaktivitäten:

- Bereitstellung und Informationen zu niedrighschwelligen, leicht zugänglichen und barrierefrei erreichbaren Beratungsangeboten bzw. Förderung entsprechender Angebote öffentlicher und freier Träger
- Förderung von Netzwerken aus Sozialleistungsträgern und Leistungserbringern zur Unterstützung von Familien in besonderen Lebenssituationen
- regelmäßige Aktualisierung von Informationsträgern für betroffene Familien
- Förderung und Stärkung schneller und individueller Lösungsansätze
- Prüfung der Förderung einer 24-Stunden-Stelle als Hilfekompass (Fachkraft)

Familie und Freizeit - Kultur - Sport

Magdeburg verfügt über ein breites Freizeit-, Sport- und Kulturangebot für Kinder, Jugendliche, junge Menschen und Familien durch öffentliche und private Anbieter, welches erhalten und ausgebaut werden soll.

Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Nutzung der Angebote durch Kinder, Jugendliche, junge Menschen und Familien werden durch kontinuierliche finanzielle Förderung dieser Angebote ermöglicht.

Kernaktivitäten:

- Familienfreundliche Angebote in Einrichtungen der Kultur, der Freizeit und des Sports (Öffnungszeiten, Erreichbarkeit, Eintrittspreise)
- Förderung der ehrenamtlichen Übungsleitertätigkeit
- Bereitstellung von städtischen Gebäuden und Liegenschaften für selbstorganisierte Aktivitäten

- Stärkung von Elterninitiativen zur stärkeren Einbindung benachteiligter junger Menschen
- Sicherung der Informationen zu Freizeit, Kultur und Sport über die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit

Familie und Bildung - Erziehung

In der Landeshauptstadt Magdeburg werden Bildungs- und Erziehungsangebote in den Einrichtungen (z.B. Kinderbetreuungseinrichtungen, Kinder- und Jugendhäuser, Schulen) von öffentlichen und freien Trägern bereitgestellt. Die Qualität und Vielfalt dieser Angebote muss aufrechterhalten, in ausreichendem Umfang sichergestellt und gegebenenfalls erhöht werden.

Die Angebote zur Familienbildung müssen für Familienmitglieder aller Altersgruppen und unabhängig vom sozialen Status und der Lebenssituation zugänglich sein. Bildungsorte dienen der informellen und formellen Bildung, der Erziehung und generationsübergreifenden Begegnung.

Netzwerke und Kooperationen tragen dazu bei, dass die zahlreichen Angebote und Informationen gebündelt und in der Öffentlichkeit dargestellt werden.

Das Übergangsmanagement von Schule in Ausbildung und Beruf wird unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen von Familien gesichert.

Die berufliche Qualifizierung und Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens wird unterstützt.

Kernaktivitäten:

- Familieninformationsbüro als zentrale Anlauf- und Informationsstelle
- Qualitative Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung
- Ausbau von Netzwerken zwischen Kita - Schule – Ausbildungsträger, Wirtschaft und Wissenschaft
- Studien-/Ausbildungsberatung und Studien-/Ausbildungsverlaufsplanung für junge und werdende Eltern sowie Alleinerziehende
- gezielte Beratung und Information insbesondere für bildungsferne Familien
- altersgemäße Förder- und Bildungsangebote
- Sicherung der Aus- und Weiterbildung junger Eltern und von allein Erziehenden

Familie und Stadtplanung - Wohnen - Spielen

Wohnraum und Wohnumfeld werden den Bedürfnissen von Familien angepasst. Die Familien werden in die Wohnumfeldgestaltung einbezogen.

Bei der Stadtentwicklung sind insbesondere eine hohe Verkehrssicherheit, kinder- und familiengerechte Freiflächengestaltung, eine adäquate Versorgung mit familienbezogenen Dienstleistungen, Bildungs-, Freizeit- und Kultureinrichtungen unter besonderer Berücksichtigung eines barrierefreien Zugangs zu gewährleisten.

Ausreichender, finanzierbarer und attraktiver Wohnraum soll sowohl im Miet- als auch im Eigentumssegment für Familien bereit gestellt werden.

Der generationsübergreifende Austausch wird durch die Schaffung von Treff- und Kommunikationsorten gefördert.

Kernaktivitäten:

- Familiengerechte Gestaltung des öffentlichen Raumes (z. B. öffentliche sanitäre Anlagen, Spielen am Weg, Öffentliche Fläche als Treffpunkt im Wohnviertel)
- Akzeptanz des Spielens und des Aufenthalts von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum
- Planung der öffentlichen Spiel- und Freizeitflächen unter Beteiligung der Kinder, Jugendlichen und Familien (z. B. Cliquentreffs, größere Papierkörbe auf dem Spielplatz, öffentlichen Raum durch Aktivitäten Jugendlicher beleben, Graffiti-Projekte, Indoor-Angebote, Schutzhütte für schlechtes Wetter auf Spielplätzen)
- Ausbau und Würdigung des ehrenamtlichen Engagements der Spielplatzpaten
- Förderung von Mehrgenerationenwohnen und alternativen Wohnformen
- Familiengerechtes studentisches Wohnen
- Sicherung von städtischen Freiflächen als „Freiraum für Familien“ (generationsübergreifend)
- Sicherung familiengerechter Informationen über stadtplanerische Maßnahmen (stadtteilbezogen, z. B. Bauleitplanung)
- Beratung von Grundstückseigentümern zur Gestaltung von Spiel- und Freiflächen

Familie und Mobilität

Die bedarfsgerechte Anpassung der verkehrlichen Infrastruktur an die Bedürfnisse der speziellen Zielgruppen familienpolitischer Maßnahmen sichert individuelle Entwicklungsmöglichkeiten und muss Handlungsgrundlage der Verkehrsplanung sein.

Diese Anpassungen müssen in entsprechende Stadtteilverkehrskonzepte münden und gleichzeitig die Mobilität der Zielgruppen als generationsübergreifendes System im gesamten Stadtgebiet sichern.

Mobilität orientiert sich auf alle wesentlichen Verkehrsplanungen eines verkehrsartenübergreifenden Straßenraums.

Kernaktivitäten:

- familienfreundliche Zugänglichkeit des ÖPNV (insbesondere Busse in Stadtrandgebieten, familienfreundlicher Fahrplan, Verbesserung von Radwegen (z. B. Schulwegsicherung))
- familienfreundliche Taktdichte und Verbindungsgestaltung des ÖPNV
- familienfreundliche Tarifgestaltung des ÖPNV (z. B. Sozialticket, Schülerticket, Familienticket, Sonntagsticket, kostenlose Mitnahme von Fahrrädern (MVB), verbesserter Zugang von Leistungen (Bürgerbüro))
- Berücksichtigung örtlicher/standortbezogener Sicherheitsaspekte im Verkehrsraum und in dicht besiedelten Wohngebieten (z. B. Tempo-30-Zonen, Zebrastreifen, Fußgängerwege, Selbstbehauptungstraining, Ausbau der frühzeitigen Verkehrserziehung, Spielstraßen, Verkehrsberuhigung vor Kitas, Schulen, Spielplätzen,)
- Barrierefreiheit (z. B. Barrierefreiheit im Straßenraum (Bordabsenkung, kinder- und seniorenfreundliche Ampelschaltungen, Barrierefreier Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Haltestellen, Fahrzeuge))

Familie und Gesundheit

Die gesundheitliche Förderung von Familien ist ein herausragendes Anliegen. Für die Gesundheitsförderung sind Beratung, frühe Hilfen und die Qualifizierung von Akteuren wichtige Voraussetzungen. Das kommunale Netzwerk der Akteure der Gesundheitsförderung ist in besonderer Weise gefordert, institutionen-, träger-, und ressortübergreifende Lösungsansätze aufzunehmen. Dabei erfordert die Hinwendung auf erstgebärende Mütter, jugendliche Mütter, ein niedriges Familieneinkommen, ein niedriges Bildungsniveau, soziale Isolation und psychische Belastung oder Erkrankung eine besondere öffentliche Aufmerksamkeit.

Kernaktivitäten:

- Aufklärung über gesunde vollwertige Ernährung (z. B. Kochkurse in Kindereinrichtungen und Schulen; altersgerechte Kochkurse; Ernährungslehre als Unterrichtsfach; kostenloses Mittagessen für alle Kinder von 1 bis 18 Jahren)
- Gesundheitsbezogene Sport - und Bewegungsangebote
- Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge und Suchtprävention
- Aufklärung zur Inanspruchnahme der „U“-Untersuchungen
- Verstärkung der Aktivitäten Zahnprophylaxe
- Spezifische gesundheitsförderliche Angebote für Familien mit niedrigem Einkommen und Bildungsniveau, in sozialer Isolation, bei psychischer Belastung oder Erkrankung
- Stärkung von Netzwerken zum Schutz von Kindern
- Ausbau des Einsatzes ausgebildeter Familienhebammen
- Erschließen von Möglichkeiten für eine einkommensabhängige, unentgeltliche Abgabe von Verhütungsmitteln
- Stärkung des Netzwerkes Kinderschutz in Magdeburg